

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

erschienen wöchentlich am Samstag.
Verlagspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Jähren.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepaarte Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Unser Verband in der 26. Kriegswoche.

Für die Zeit vom 24. bis zum 30. Januar 1915 sind von 422 Verwaltungsstellen des Verbandes Berichte über die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder eingelaufen. Zu Beginn der Woche waren in diesen 422 Orten 320 315 Mitglieder, abgegangen sind im Laufe der Woche 3584; davon zum Militär 1763. Am Schlusse der Woche betrug die Mitgliederzahl 316 822. Nicht einbezogen sind dabei die Drie Memel, Schneidemühl, Glogau, Oranienburg, Berka, Planenburg a. S., Söttingen, Gotha, Rudolstadt, Stendal, Tangermünde, Düren, Müden, Siegen, Söhr, Koblenz, Kaiserlautern, Singen, Zweibrücken, Lindau. Von diesen Orten ist bis zum 13. Februar kein Bericht über die Woche vom 24. bis zum 30. Januar eingelaufen worden.

Die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit in den Bezirken zeigt folgende Tabelle:

Übersicht über die Zeit vom 24. bis 30. Januar 1915.

Bezirk	Arbeitslose	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche	Mitgliederabgang	Davon zum Militär	Mitgliederzahl am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Unterstützungen
1. Bezirk	33	7494	104	27	7390	112	1,5	777
2. "	23	7006	75	31	7021	114	1,6	852
3. "	32	9744	136	72	9608	233	2,4	1129
4. "	56	49963	625	319	49338	1058	2,1	5020
5. "	76	37398	471	249	36927	350	0,9	1543
6. "	43	42226	500	217	41726	429	1,0	2398
7. "	37	36210	865	389	35326	190	0,5	1103
8. "	25	14960	206	134	14754	258	1,7	1560
9. "	50	23948	308	146	23640	287	1,2	8264
10. "	46	26893	274	179	26619	1789	6,7	5194
11. "	1	64473	?	?	64473	1493	2,3	5438
Zus.	422	320315	3584	1763	316822	8316	2,6	38278

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Neuaufgenommenen.

Die Zahl der bei den örtlichen Verwaltungen gemeldeten Arbeitslosen betrug am Schlusse der Berichtswoche 8316 gegen 9387 am 23. Januar. Es trat also ein Rückgang um 1069 ein. Auf je 100 Mitglieder entfielen 2,6 Arbeitslose (Vormoche 3,9). Dabei sind nur die Arbeitslosen gezählt, die sich zur Kontrolle melden; wie groß die Zahl der ausgeheuerteten und nicht bezugsberechtigten Arbeitslosen ist, ist nicht genau festgestellt. Das ist lediglich zu bedauern, denn durch diese Außerachtlassung kann ein falsches Bild von der Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder entstehen. Die Ortsverwaltungen haben deshalb durch Aufforderung dafür zu sorgen, daß sich alle Arbeitslosen zur Kontrolle melden, daß also auch die nichtbezugsberechtigten und ausgeheuerteten Arbeitslosen gezählt werden.

Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung beliefen sich in der Berichtswoche auf 38 278 M.

Nachstehend geben wir wieder eine Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen. Die Zahl der zum Militär eingezogenen Mitglieder belief sich im ersten Kriegshalbjahr auf 199 760; die seit 1. August bis 30. Januar zur Auszahlung gekommene Arbeitslosenunterstützung beträgt 4 963 194 M.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Berichtswochen	Beurlaubte	Beurlaubte	Beurlaubte	Beurlaubte	Beurlaubte	Beurlaubte	Beurlaubte	Beurlaubte	Beurlaubte
1. August 1914	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1.-4. Som. 2. 8. bis 29. 8.	422	30	143348	377766	73865	19,5	127091	—	—
5.-8. " 30. 8. = 26. 9.	384	68	15301	351804	50431	14,3	165079	—	—
9.-13. " 27. 9. = 31. 10.	433	13	13468	348271	27727	7,9	119803	—	—
14.-17. " 1. 11. = 28. 11.	433	13	9350	338472	16793	4,9	454173	—	—
18.-22. " 29. 11. = 2. 1. 15	416	30	11091	323565	12753	3,9	295060	—	—
23. " 3. 1. = 9. 1. 15	425	20	1865	321959	10844	3,4	46745	—	—
24. " 10. 1. = 16. 1. 15	427	18	1768	321101	9990	3,1	42204	—	—
25. " 17. 1. = 23. 1. 15	428	18	1721	318675	9387	2,9	30885	—	—
26. " 24. 1. = 30. 1. 15	422	20	1763	316822	8316	2,6	38278	—	—
Zusammen	—	—	199760	—	—	—	4963194	—	—

Aufhebung der Freizügigkeit.

Dieser Tage ist ein Erlass der Selbstzeugmeisterei in Berlin bekannt geworden, der im Hinblick auf die unmittelbaren und möglichen späteren Folgen nötig, dazu Stellung zu nehmen. Der Erlass hat folgenden Wortlaut:

„Selbstzeugmeisterei.
Nr. 1800. I. 15. A. II.

Berlin, den 11. Januar 1915.

Infolge der durch den Mangel an Arbeitskräften und die unzureichenden Bestimmungen für Heeresdienste hervorgerufenen Nachfrage nach Arbeitern hat der Arbeiterwechsel bei den mit Staatsaufträgen beschäftigten Firmen eine unangenehme Steigerung erfahren. Hierdurch wird sowohl die rechtzeitige Fertigstellung der der Industrie erteilten Aufträge in Frage gestellt als auch die Leistungsfähigkeit überhaupt sehr erheblich beeinträchtigt.

Da es in dieser ersten Zeit unbedingt nötig ist, daß neben den großen Leistungen der im Felde stehenden Mannschaften auch jede einzelne Arbeitskraft im Range der zur Ausnutzung kommt, sind die Selbstzeugmeisterei veranlaßt, die Firmen Groß-Berlins, welche Kriegsaufträge erhalten haben, zu ersuchen, Arbeiter, die bisher schon an Lieferungen für Heer und Flotte gearbeitet haben, in ihre Betriebe nur dann einzustellen, wenn sie neben ihrer gewöhnlichen Abgabebestimmung einen schriftlichen Ausweis ihres bisherigen Arbeitgebers darüber beibringen, daß ihr Austritt aus seinem Betriebe und ihr Wiedereintritt in einen anderen Betrieb mit seiner Zustimmung erfolgt.

Um den Arbeitern Zeitersparnisse zu ersparen, werden die Firmen weiter ersucht, den aus ihren Betrieben austretenden Arbeitern, falls dieser Austritt mit dem Einverständnis der Firma erfolgt, sogleich beim Abgange eine diesbezügliche Bescheinigung auszustellen. Etwaigen Unterleferanten in Groß-Berlin ist die Befolgung der gleichen Maßnahme ebenfalls zur Pflicht zu machen.

Die Selbstzeugmeisterei wird die Erteilung weiterer Aufträge an sie von der genauen Befolgung dieses Ersuchens abhängig machen. Es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß in Fällen, in denen von den Arbeitern berechtigter Klagen über zu niedrige Verdienste bei den Arbeitgebern erhoben werden, diese mit dem, dieser großen Zeit entsprechenden Gerechtigkeitssinn geprüft und gegebenenfalls abgestellt werden.

gez. Franke.
Generalleutnant und Selbstzeugmeister."

Dieser Erlass verankert seine Entstehung offenbar recht beweglich vorgetragenen Klagen des Metallindustriellen-Verbandes über den Mangel an Facharbeitern und den angeblich starken Arbeiterwechsel in einem Teil der Metallindustrie. Auch aus anderen Orten sind uns Berichte über die Verschärfung der Freizügigkeit der Arbeiter zugegangen. Dazu können wir unumgänglich kommen, um so mehr, als die Metallindustriellen in Berlin den für die Wahrung der Arbeiterrechte außerordentlich wichtigen, durch Sperrdruck von uns hervorgerufenen Nachschub des Erlasses in ihren Fabrikanschlägen einfach weggelassen, also den Arbeitern den zu gedachten Schutz vorenthalten haben. Der Erlass selbst bedingt die glatte Aufhebung der Freizügigkeit, des wichtigsten und unentbehrlichsten Grundrechts der Arbeiter. Selbst mit der Schutzbestimmung ist die Verfügung der Selbstzeugmeisterei Berlin durchaus verfehlt. Sie beruht ohnehin nur auf einseitiger Unterstellung durch die Unternehmer. Wie die Verfügung unangefochten, so besteht die Gefahr, daß sie sich allmählich einbürgert und nach dem Kriege bei Wiederaufleben der sozialen Kämpfe zu ihrer Schärfung führt. Mit der Aufhebung der Freizügigkeit würde die mittelalterliche Sittlichkeit wieder aufleben und das gerade Gegenteil dessen eintreten, das der Reichstagler in der Sitzung des Reichstags vom 1. August und 2. Dezember 1914 dem deutschen Volke feierlich versichert hat. Dem deutschen Volke ist nach die Tätigkeit der Bergwerksarbeiter, die die Freizügigkeit der Arbeiter gleichfalls durch Vereinbarungen unter sich beseitigt hatten, und die dadurch hervorgerufene Mißgunstigung der Bergarbeiter in früher Erinnerung. Es ist außer den Unternehmern niemandem danach gelungen, daß jene üblen Dinge auch in anderen Zweigen unserer Industrie eintreffen. Zudem ist der Wechsel der Arbeitsplätze jetzt auch nicht härter als in Zeiten lebhaften Geschäftsganges. Außerdem aber wird — und das ist das Entscheidende — durch den Arbeiterwechsel der rechtzeitigen Fertigstellung des Heeresbedarfes kein Abbruch getan. Der aus einem Betrieb mit geringen Löhnen austretende Dreher dreht dann eben Granaten statt bei Schulze solche bei der Firma Meier. Für die Granaten bleibt das vollkommen gleich und auch für die Heeresverwaltung, diese bekommt nicht nur die gleiche Stückzahl im gleichen Zeitraum geliefert, sondern eher noch mehr, denn der etwa in einem anderen Betrieb dem Arbeiter gewährte höhere Lohn wirkt arbeitsfördernd. Auch sind die Betriebe, die ihren Arbeitern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gewähren, in der Regel rechtlich besser eingerichtet, so daß der in diesem Betrieb gezahlte höhere Lohn in einer größeren Arbeitsmenge Ausdruck findet. Auch muß dem Arbeiter, genau so, wie es dem Unternehmer bei der Übernahme der Lieferung freisteht, sich einen möglichst guten Gewinn zu sichern, zusehen, sich die beste Arbeitsstelle aussuchen zu können. Das ist ein Grundlag, an dem nicht gerüttelt werden sollte. Nur auf diesem Wege können die Arbeiter während der Kriegszeit an den ziemlich bedeutenden Gewinnen teilhaben, den die Heeresaufträge abwerfen.

Das Streben der Arbeiter nach Besserung ihrer Verhältnisse sollte die Heeresverwaltung nicht unterbinden, sondern an der lebhaftesten unterstützen, denn es bedeutet Stärkung und Festigung des Wirtschaftslebens und damit auch die Sicherstellung des Erfolges der deutschen Waffen. Je lauffähiger die Arbeiter sind, um so rascher wird das Geld in Umlauf kommen und Handel und Gewerbe aufs nachhaltigste befördert. Mit dem Erlass der Selbstzeugmeisterei in Berlin und der Art ihrer Anwendung durch die Metallindustriellen ist auch noch der Uebelstand verbunden, daß den abkommandierten Arbeitern fast Erfüllung ihrer Wünsche und Beschwerden von den Unternehmern damit gedroht wird, daß man den Militärbehörden Meldung mache und dann ihre sofortige Rückkehr in die Schützengräben erfolge. Es ist bei solchen Maßnahmen der Unternehmer außerordentlich schwer, den Burgfrieden zu wahren. Nachdem die Arbeiter willig die lange Überzeit- und Sonntagsarbeit auf sich genommen und alles getan haben, den deutschen Waffen den Erfolg sichern zu helfen, können sie mit Recht eine angemessene Behandlung verlangen. Der Erlass der Selbstzeugmeisterei will zwar den Arbeitern den nötigen Schutz auch angeben lassen. Soll dieser Schutz aber wirksam werden, so müßte man mindestens, wie das unsere Berliner Ortsverwaltung bei den Verhandlungen im Ministerium verlangt hat, eine besondere Stelle schaffen, die Streitfragen in der Metallindustrie auszugleichen hat. Uebrigens beschränkt sich bereits eine von unserer Verwaltungsstelle Berlin erlassene Bescheinigung der Heeresverwaltung mit dem Erlass und nachfolgender Resolution vollständig an:

„Die Branchenversammlung der Eisen-, Metall- und Roholberarbeiter in der Verfügung der Selbstzeugmeisterei eine Aufhebung jeglicher Beschränkungen auf wirtschaftlichen Gebiete. Diese Beschränkung konnte nur erlassen werden auf Grund solcher Berichte der Unternehmer. Die Branchenversammlung erachtet die Ortsverwaltung, alles zu unternehmen, um eine Zurücknahme der Verfügung zu erwirken.“

Wollen wir, daß diesem Vorgehen unserer Berliner Kollegen ein voller und baldiger Erfolg beschieden sein möge.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:
In hiesigen Fabrikbetrieben wurde folgende Bekanntmachung angeschlagen:

„Bezirkskommando I Hamburg. Hamburg, den 30. Januar 1915.
Nr. 6188 I.

An die Firmen, welche Arbeiter für Heereslieferungen beschäftigen.

Auf Anordnung des stellvertretenden Generalkommandos hat die Firma sofort folgenden Fabrikaufruf zu veranlassen:

Für Heer und Marine liefernde Fabriken müssen jetzt alle Kräfte aufbieten, um den großen Anforderungen zu genügen. Jeder Arbeiter muß sich bemühen, inwieweit von seiner Arbeit in der Fabrik abhängt und wie sehr er das Vaterland schädigt, wenn er die Arbeit in der Fabrik niederlegt. Bei fortwährendem Arbeiterwechsel können die Fabriken die dringenden Aufträge nicht rechtzeitig erledigen. Zurückstellungen vom Heeresdienst beziehen sich nur auf bestimmte Firmen und treten bei jedem Arbeitswechsel außer Kraft. Stellvert. Generalkommando I. A. R. gez.: Weiser, Oberst und Bezirkskommandeur.“

Der Hinweis, daß bei fortwährendem Arbeiterwechsel die dringenden Aufträge nicht erledigt werden können, läßt darauf schließen, daß die Industriellen Beschwerden nach dieser Richtung beim Generalkommando geführt haben. Welche Ursachen aber dem fortwährenden Arbeiterwechsel zugrunde liegen, wird man dem Generalkommando wohlweislich nicht mitteilen haben. Nach uns zugegangener Beschwerde der Arbeiter ist die Ursache des Arbeiterwechsels auf das Verhalten der Unternehmer zurückzuführen. Mißförderungen und das Nichteinhalten getroffener Vereinbarungen sind die Veranlassung für die Arbeiter, die Arbeitsstellen zu wechseln. Hier ist es schon vorgekommen, daß verschiedene Unternehmer, die für Heeresbedarf beschäftigt sind, die in Vereinbarungen festgesetzten Ausschläge für Abers-, Nacht- und Sonntagsstunden zu zahlen verweigerten, und zwar mit dem Bemerkten, daß sie nicht verpflichtet wären, bei Heereslieferungen diese Ausschläge zu zahlen. Auch hat man Arbeitern damit gedroht, daß sie entlassen würden, wenn sie die Arbeiten nicht für den Lohn, den die Unternehmer willkürlich festsetzen, machen wollten; auch wolle man dafür sorgen, daß sie so schnell wie möglich in die Schützengräben kämen.

Nach alledem, was den Beschwerden der Arbeiter zugrunde liegt, hätte dem Erlass auch beigefügt werden müssen, daß Beschlechterungen von Lohn- und Arbeitsbedingungen auf keinen Fall vorgenommen werden dürfen. Sollte es trotzdem vorkommen, müßte Entziehung der Lieferungen erfolgen. Man soll doch nicht nur dem Arbeiter zu Gemüte führen, daß der fortgesetzte Arbeiterwechsel das Vaterland schädigt, sondern man muß auch dem, der die Ursache zum Arbeiterwechsel gibt, sagen, daß auch sein Verhalten keine patriotische Tat ist.

Der Schutzzoll als „Retter“.

Es gibt Leute und Zeitungen, die sich während des Krieges recht angelegen sein lassen, ganz besonders auf die Bedeutung der bisher in Deutschland betriebenen Schutzzollpolitik hinzuweisen und sich in Empfehlung zu bringen, weil sie diese Politik stets unterstützt haben. Ohne die eingeführten Schutzzölle — so sagen sie — wäre jetzt das deutsche Vaterland verloren, die Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes während des Krieges in Frage gestellt, Deutschland der Welt für seine Feinde preisgegeben. Das die sogenannten Hochschutzzöllner diesen Standpunkt vertreten, ist begreiflich, für sie bedeuten die Schutzzölle höhere Einnahmemeinzelheiten; daß sich aber Leute für diese hochagratische Wirtschaftspolitik so ins Zeug legen, für die die Schutzzölle eine Belastung ihres Wirtschaftscircus sind, ist schon bemerkenswerter, wenn auch nicht neu. Zu diesen Enttäugten gehören die christlich-nationalen Arbeiterführer und deren bekannter Anhang. Ein Teil der christlich-nationalen Arbeiterführer hat — genau wie es ihre Arbeitsbrüder im sozialdemokratischen Lager getan haben — des öfteren gegen die Hochspannung der deutschen Schutzzollpolitik Stellung genommen, und die christlich-nationalen Führer haben schwere Schanden durchmachen müssen, um diesen Teil ihrer Gefolgschaft zum Stillschweigen zu bringen.

Aber damit ist die Tatsache nicht aus der Welt geschafft worden, daß die deutsche Arbeiterschaft der leidende Teil bei dieser Wirtschaftspolitik geblieben ist. Die Milliarden, die die deutsche Landwirtschaft infolge der Schutzzollpolitik verdient hat, entflohen zum großen Teil den Taschen der Arbeiter. Das wissen die christlich-nationalen Führer so gut wie wir, sie selbst haben mehr als einmal auf die Opfer hingewiesen, die die christlichen Gewerkschaften durch ihr Eintreten für die Schutzzollpolitik zugunsten der Landwirte gebracht haben. Und mehr als einmal ist in christlich-nationalen Kreisen auch betont worden, daß die Exerzierung als Folge dieser Politik sogar die gewerkschaftlichen Erfolge der deutschen Arbeiter in Frage gestellt hätte. Alles das wissen die christlich-nationalen Führer recht gut, und es ist auch bekannt, daß sie bisher einer Erörterung über diese Politik am liebsten aus dem Wege gegangen sind. Das ist jetzt während des Krieges anders geworden. Daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage ist, in dieser Zeit die Ernährung des deutschen Volkes zum größten Teil sicherzustellen, wird einzig und allein der Schutzzollpolitik zugeschrieben. Der verhasste Burgfrieden hindert nicht, andere Anschauungen mit häßlichen Worten abzutun. Die Schutzzölle sind der Erretter des Vaterlandes, ohne sie ginge ein für uns vielleicht sehr unglücklicher Ausgang des Krieges entgegen. Um ein Musterbeispiel dafür zu geben, wie diese Auffassung vertreten wird, führen wir eine Stelle aus einem Aufsatz über die Ernährungsfrage in der Nr. 5 des Organs der schützenden christlichen Arbeitervereine an, des Arbeiter. Es heißt dort:

„Diese Sicherstellung des Nahrungsbedarfes haben wir aber in der jetzigen Zeit jenen zu danken, die unbesümmert um alle Nachteile in Setzungen, den Reichern und aus reinen Selbst-

verfammlungen dafür eingetreten sind, daß Landwirtschaft und Industrie durch Zölle geschützt wurden. Die Schutzpolitik, die Deutschland in den letzten Jahrzehnten unter besonderer Mitwirkung der Zentrumspartei betrieb, ist jetzt zu dem starken Maß geworden, an dem der Nahrungungsplan unserer Feinde zu schanden werden wird; denn diese Schutzpolitik setzt uns in den Stand, aus eigener Kraft unsere Ernährung zu sichern. Oder wie denn, wenn wir jetzt in dem Industriegebiet Deutschland von der Gnade der auftraktlicher oder argentinerischer Getreide- oder Vieheinfuhr abhängig wären? Wir wären zermalm!

So wirds gemacht! Das Zentrum hat die Schutzpolitik vertreten, die „roten Volksbegluder“ haben sie bekämpft. Die deutsche Nation weiß nunmehr, wem sie den Sieg verdankt, wenn er erreicht wird. Daß die Sozialdemokratie andere Mittel als die Schutzzölle vorschlägt, um einer bedrängten Landwirtschaft zu helfen, brauchen Blätter vom Schlage des Arbeiter nicht zu schreiben; daß es Beispiele gibt, wie die Landwirtschaft sich ohne Schutzzölle zur höchsten Blüte erheben kann, wie zum Beispiel in Dänemark, wird berücksichtigt. Daß die Schutzzölle und die damit verbundenen Einfuhrzölle auf den Nahrungsmittelstand in Deutschland einen andern Einfluß haben konnten, als das zurzeit der Fall ist; hätten wir erfahren können, wenn der Krieg einige Monate später angefangen hätte. Ungeheure Mengen Getreide wären auf Grund der Einfuhrzölle dann aus dem Vaterlande über die Grenzen geschafft worden, und es lähe heute bei uns sehr betrüblich aus. So ganz etwa anders, wie man es nach außen hinzustellen beliebt, ist die Schutzpolitik denn doch nicht. Daß sie neben den schweren Schäden für die Volksernährung und Volksgesundheit den Teil der Landwirtschaft geschützt hat, der für den Markt erzeugt, wollen wir bedingt zugeben, daß sie aber nur das einzige Förderungsmitel ist, um die Landwirtschaft in die Höhe zu bringen, das zu behaupten ist ein Wagnis und nur verständlich, wenn man mit solchen Behauptungen gewisse Zwecke zu erreichen sucht. Die Ausführungen des Arbeiterbewegenden, die Zollpolitik des Zentrums seit 1902 zu feiern und die Politik, die sich dieser entgegenstellte, herabzumwürdigen. Und den christlich-nationalen Arbeitern, die sich der Opposition gegen die Schutzzollgesetzgebung angeschlossen hatten, soll ihr „Unrecht“ vorbehalten werden. Sie sind es, die mit den Sozialdemokraten gemeinsam den christlichen Führern den Vorwurf gemacht haben, daß sie durch ihr Eintreten für die Schutzpolitik des Zentrums die Lebenslage der Arbeiter verschlechterten. Dieser Vorwurf soll verworfen werden, und der Krieg ist das Mittel dazu. Nur so sind die Loblieder zu verstehen, die jetzt in der christlichen Literatur den Schutzparteiern gesungen werden.

Richtlinien zu einer organisierten Fürsorge für Kriegsverletzte.

Schon vor mehreren Wochen wurde in der Presse auf Bestrebungen hingewiesen, die darauf hinauslaufen, für Kriegsverletzte besondere Fürsorgestellen zu errichten. In der Provinz Westfalen haben sich diese Anstrengungen zu ersten Vorstößen verdichtet, so daß man bereits erkennen kann, welche Wege in Zukunft die Fürsorge für Kriegsverletzte wandeln soll. Im Landeshause zu Münster fand vor einiger Zeit auch schon eine Sitzung maßgebender Behörden statt, die sich mit dieser Frage beschäftigte. Von welchen Gesichtspunkten aus die Kriegsverletzten-Fürsorge behandelt werden soll, ergibt sich aus dem Vortrag des Herrn Landeshauptmann Dr. Sommerich nicht. Dieser führte in der Sitzung unter anderem folgendes aus:

Es ist wichtiger zu sehen, daß es sich bei unseren Verwundeten in den Lazaretten wesentlich um drei große Gruppen handelt. Einmal um solche, die als geheilt entlassen werden und in gesicherter Lebensbahn wieder zurückkehren. Sie scheiden aus unserer Fürsorge aus.

Zweitens solche, die verletzt sind, auch vielleicht dauernde Schäden davontragen, aber ihren alten Beruf ohne besondere ärztliche Maßnahmen wieder ausüben können. Bei diesen kommt lediglich in Frage, im Bedarfsfälle geeignete Stellen für sie zu vermitteln und während ihrer Liegezeit im Lazarett ihren Mut, ihre Zuversicht und gute Stimmung aufrechtzuerhalten, namentlich bei solchen, die leicht von Sorgen heimgegriffen werden oder bei denen noch die Lage bezwinkelt wird durch mäßige Vermögensverhältnisse und durch Sorge um Weib und Kind. Für diese Gruppe von Verwundeten wird wesentlich eine im großen Maßstab organisierte Fürsorge notwendig sein. Aber auch ein verständnisvolles Entgegenkommen der Unternehmer wird in vielen Fällen hier notwendig sein. Es handelt sich zum Teil hierbei um Verwundete, die zwar wieder hergestellt werden und einer besonderen ärztlichen Hilfe nicht mehr bedürfen, bei denen aber eine gewisse Schonung und Rücksichtnahme erforderlich ist, ehe sie wieder ganz im Besitze ihrer vollen alten Kräfte und Fähigkeiten sind. Hier erwachsen der Arbeiterschaft, den Unternehmerverbänden, aber auch den Arbeiterverbänden bedeutende Aufgaben.

Endlich aber gibt es eine dritte große Gruppe von Verwundeten, bei denen die Schäden derart sind, daß sie nicht ohne besondere Kur oder Behandlung ihren alten Beruf wieder aufnehmen können. Sie müssen also entweder für einen andern Beruf vorbereitet werden, oder es muß in allen geeigneten Fällen eine Anpassung durch Umschulung, namentlich durch mechanische Rehabilitation angestrebt werden. In vielen Fällen werden auch besondere Kur in Heilanstalten, Kuren und Wasserheilanstalten erforderlich werden. Ihnen kann die bloße Tätigkeit von Arbeitsvermittlungstellen nicht helfen, auch nicht ein noch so weitgehendes Entgegenkommen der Unternehmer. Hier ist es auch nicht allein die ärztliche Fürsorge, sondern hier muß noch in vielen Fällen ein besonderes hinzukommen, nämlich eine geeignete Berufsberatung, also die Beratung darüber, ob diese Kriegsverletzten zweckmäßig in ihrem alten Beruf bleiben oder welcher neue Lebensweg nach Lage des Falles einschlägig ist. Das erfordert nicht nur ein besonderes ärztliches Sachverständnis, sondern auch Sachverständnisse auf dem betreffenden geschäftlichen Gebiet.

Für diese beiden Gruppen von Kriegsverletzten kommt also eine besondere Behandlung in Betracht, die natürlich der Fürsorge und beratender Tätigkeit zugehört, namentlich wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass Kriegsverletzte einen neuen Beruf annehmen zu müssen und ihn dafür vorzubereiten. Im großen und ganzen muß dies eine Aufgabe bleiben, denn man begegnet, wie ich schon bemerkt hat, mit Krieg bei den Verletzten einer ausgesprochenen Neigung dazu, lieber in alten Beruf zu bleiben und durch geeignete Beschäftigung und Ausbildung sich ihm anzupassen. Die Gruppe der Verwundeten aber, die umlernen müssen, die in der Regel alle auch schwer leiden sind, bei denen zumeist die Fähigkeiten und Kräfte in den Lazaretten in erheblichem Maße zur Sprache kommen, sind diejenigen, die diese Gruppe bedarf an weichen des Anpassungs und der Gewährung, daß man sie nicht verliert, daß sie nicht zerfallen werden die abhängig sind von der Gnade anderer Menschen.

Diese Ausführungen ergeben, daß nur auf Grund umfassender Organisationsmaßnahmen werden kann, besonders daß diese Sache nicht nur von einer Seite, einer Stadt oder einer Provinz in die

Hand genommen werden, sondern sie muß sich über das ganze Vaterland erstrecken. Die Maßnahmen können auch nicht nur von einer Seite ausgehen, etwa nur vom Arbeitsnachweis oder nur von dem Deutschen Verein für Krüppelfürsorge oder dem Roten Kreuz oder den Trägern der großen sozialen Versicherungen, den Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften, sondern diese und noch andere Organisationen sind unmittelbar beteiligt und müssen alle zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammengefaßt werden. Es ist durchaus zweckmäßig, daß der über ganz Deutschland organisierte Arbeitsnachweis für diese Aufgaben mitangehört wird. Aber der Arbeitsnachweis bedarf hier eines besonderen Entgegenkommens aller Unternehmer, nicht etwa nur des allergnädigsten, des Staates, sondern der Unternehmer bis zum kleinsten Handwerker.

Was die finanzielle Seite betrifft, so wollen wir nicht, daß weniger, sondern daß mehr Geldherbeigeholt werden von den Gefunden und Dahelimgeliebten, um dieses Ziel in der denkbar vollkommensten Weise zu erreichen. Unser Ziel ist nicht, daß Reich und Staat, Provinz und Gemeinde, Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände, Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften und wer immer hier mithelfen will, sparen — ganz im Gegenteil; unser Ziel ist, daß mehr gegeben, aber auch spärlicher erreicht wird. Die Leistungen der Landesversicherungsanstalten bleiben auch ohnehin bestehen, ebenso die Leistungen, die auf dem Kriegsversorgungsgesetz vom 31. Mai 1906 beruhen. Was aber diese Gesehe nicht geben können, das wollen wir versuchen hinzugeben, auf daß mit der tüchtigsten vollkommenen Wiederherstellung auch die Freude am Leben und an der Arbeit wieder erwacht.

Auf Grund seiner Ausführungen stellte Herr Landeshauptmann Dr. Sommerich folgende Leitsätze auf:

1. Es wird darauf Bedacht zu nehmen sein, daß schon rechtzeitig, möglichst von Beginn der Behandlung an, auf die funktionelle Wiederherstellung der Verwundeten hingewirkt und in dieser Hinsicht nichts versäumt wird. Um dieses zu erreichen, erscheint eine ständige Kontrolle durch die zuständigen Stellen notwendig.
2. Mit allen Kriegsverletzten, bei denen anzunehmen ist, daß sie, um ihren Beruf beizubehalten oder um in einen neuen Beruf übergeleitet zu werden, eines besonderen Heil- oder Umgehungsbedarfes bedürfen, ist durch Einrichtung einer besonderen Beratungsstelle für jedes Lazarett oder für die Lazarette einer Gemeinde (eines Kreises) Sühnung zu nehmen.
3. Im Einvernehmen mit dem königlichen Generalkommando ist für den Umfang der Provinz ein Arbeitsauschuß zu bilden, dem außer dem militärischen Sanitätschefen, einem oder mehreren Privatärzten, Vertretern der in erster Linie zur Lösung dieser Frage berufenen Organisationen angehören, namentlich Landesversicherungsanstalt, Vaterländischer Frauenverein und Männerverein vom Roten Kreuz, die Vereinigung berufsgenossenschaftlicher Verwaltungen, Arbeitsnachweis, Krüppelfürsorge.
4. Der Arbeitsauschuß wird ersucht, alle weiteren Schritte in die Wege zu leiten und im Bedarfsfälle auch weitere Mitglieder hinzuzuziehen.
5. Es ist die Bildung gleichartiger Einrichtungen im ganzen Reichsgebiet erwünscht sowie die Errichtung eines Reichsarbeitsauschusses anzubahnen.

Anschließend an diese Sitzung wurde der Ausschuß für die Provinz Westfalen gebildet und durch Zusatz auch 5 Unterneher und 5 Arbeiter zur Mitarbeit bestimmt. Es wird abzuwarten sein, welche Wirkung dieser Ausschuß ausübt. Vorbedingung für eine ersprießliche Wirksamkeit ist, daß der Ausschuß und seine übrigen Organe nicht nur guten Rat geben, sondern daß genügend Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, um in bestimmten Fällen entscheidend eingreifen zu können. Hoffen wir, daß diese neue Einrichtung zum Besten unserer Verwundeten voll befriedigt.

Zu Fulton's Todestage.

Am 24. Februar werden 100 Jahre verstrichen sein, seitdem Robert Fulton, der als Erfinder des Dampfschiffes gilt, die Augen schloß. Auch Fulton hatte schon Vorläufer gehabt, die versuchten, die Dampfkraft zur Fortbewegung von Schiffen in den Dienst zu stellen. Als ersten nennt die Geschichte uns den Franzosen Denis Papin, der auf einem kleinen Schiffe eine Maschine aufstellte, die Schaufelräder treiben sollte. Es gelang ihm auch, damit vor Kassel die Fulda hinab nach Rindeln zu fahren, wo Schiffer dann sein Fahrzeug zerstörten. Es werden dann noch weitere Erfinder genannt, aber keiner konnte einen Erfolg erzielen. Ein solcher wurde erst möglich, als es James Watt im Jahre 1770 gelang, die Dampfmaschine so zu verbessern, daß man sie in vielseitiger Weise verwenden konnte als ihre Vorläuferinnen. Eine solche Maschine benutzte Schuynton im Jahre 1802, um mit einem Dampfboot auf dem North- und Oldfarnal in England zwei Kanalboote mit einer Stundengeschwindigkeit von 3,25 englischen Meilen zu schleppen. 1803 machte der Amerikaner Robert Fulton auf der Seine seine ersten Versuche. Napoleon nahm an diesen Versuchen lebhaften Anteil; sein kühner Geist vermutete, daß diese Schiffe ihm als Waffen gegen das verhasste England dienen könnten. Er forschte dann von den Gelehrten des französischen Instituts ein Gutachten über Fultons Erfindung und die Gelehrten kamen zu dem Schluß: „Was sich der Ingenieur Fulton auszuführen vorzunimmt, ist absurd.“ Nach diesen Entschieden wies Napoleon Fulton ab. Als Napoleon 1818 von St. Helena aus den Kauf von englischen Dampfmaschinen erwiderte, rief er aus: „Wenn meine Kollegen vom Institut nicht Esel gewesen wären, so wäre ich jetzt nicht hier!“ Fulton hatte erst 1807 Erfolg mit seinem Dampfboot, der am 7. Oktober mit einer Geschwindigkeit von drei Seemeilen den Hudson von New York bis Albany befährt. Das Schiff war 42,67 Meter lang, 4,57 Meter breit und hatte zwei Schaufelräder von 4,7 Meter Durchmesser. Die Maschine war 20 Pferdekraft stark und die Räder machten 20 Umdrehungen in der Minute. Das Schiff wurde sofort für die Personenbeförderung in Dienst gestellt. 1812 hatte man in Amerika über 50 Dampfboote und 1818 wurde der erste Ozeandampfer, die Savannah, erbaut. Dieses Schiff machte seine erste Fahrt nach Liverpool in 26 Tagen, davon 18 Tage unter Dampf. Der Fortschritt erscheint uns so betrüblich, wenn man bedenkt, daß eine Fahrt über den Ozean mit Segelschiffen Monate dauerte und man überhamp niemals angeben konnte, wann es sein Ziel erreichen würde.

Es fehlt uns leider an Raum, auf die Umwälzung einzugehen, die die Einführung der Dampfmaschine in dem Weltverkehr zur Folge hatte und zu welchem, wie der aufstrebende Kapitalismus das Dampfschiff als eines der leistungsfähigsten Werkzeuge zu seiner Entwidlung gebrauchte. Das Dampfschiff war jedoch nicht Fultons einzige Erfindung. Fulton war gelernter Goldarbeiter, machte dann Studien als Erfinder und publiziert damals Maschinen. Er erfindet eine Wasserpumpe, eine Kesselmühle, eine Maschine zur Anfertigung von Seilen und ein Unterseeboot. Dieses hielt er für noch bedeutender als das Dampfschiff, denn er hoffte, mit Unterseebooten Englands übermächtige Flotte bekämpfen zu können. Diese hielt er für den Schlüssel zum Frieden. Dar sie unerschwinglich gemacht, so fand nach Fultons Meinung dem Weltfrieden nichts

mehr im Wege. Fultons Unterseeboot bewährte sich nicht. Auf die deutschen Nachfolger dieses Bootes richteten sich aber jetzt die Augen der ganzen Welt. Hoffen wir, daß es ihnen gelingt, das auszuführen, was Fulton sich vorgenommen hatte. Wenn wir auch nicht glauben, daß der Weltfrieden dann gesichert ist, so wird er doch ein gutes Stück nähergerückt sein.

Verammlung der Berliner Gewerkschaftsvorstände.

Eine Verammlung der Berliner Gewerkschaftsvorstände fand auf Einladung der Berliner Gewerkschaftskommission am 27. Januar 1915 im Gewerkschaftshause statt. Das Referat über das Thema: „Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen?“ hatte der Vorsitzende der Generalkommission, Reichstagsabgeordneter E. Regien, übernommen. Er führte unter anderem aus:

Den Satz, daß „Partei und Gewerkschaften eins sind“, habe ich nie in dieser Form für richtig gehalten. Wohl aber sind wir uns einig darin, daß die sozialdemokratische Partei die politische Interessenvertretung der Gewerkschaften sein muß. Dazu ist es notwendig, daß die Einheit der Partei aufrechterhalten bleibt. Diese Einheit müssen wir als Gewerkschafter haben, wenn wir genügend Vertrauen zur Kraft der Partei, unsere Gewerkschaftsinteressen politisch zu vertreten, behalten sollen. Deshalb die heutige Tagesordnung. Tatsächlich ist die Einheit der Partei durch das Auftreten einer kleinen Minderheit in Gefahr geraten.

Die Ursache dieser Strömung ist die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion. Die Partei muß über diese Schwierigkeiten hinwegkommen; nur die Art, wie die Minderheit vorgeht, bringt die Partei in Gefahr.

Man behauptet, die Internationale sei durch die Kreditbewilligung vernichtet worden. Ich kann nicht in den Verdacht kommen, die Internationale ruinieren zu wollen, denn ich habe 1/2 Jahrzehnte lang einen bedeutenden Teil meiner Kräfte gerade für den Aufbau der Internationale verwendet.

Die Internationale kann aber nur durch klare nationale Organisationsarbeiten bestehen. Für die internationale wirtschaftliche Aktion ist die Stärke und Aktionskraft der Gewerkschaften, für die politische Aktion die Stärke der politischen Parteien maßgebend. Die Verschiedenheit der Sprache, Charaktereigenschaften, Lebensbedingungen u. bilden ein Hindernis einer wirksamen internationalen Aktion. Jetzt hat sich die eminente Bedeutung dieser Eigenschaften gezeigt, denn trotz der großen Arbeit, die für die Internationale aufgebracht wurde, hat sie in allen beteiligten Ländern versagt.

Ein besonderer Vorwurf kann keiner Nation gemacht werden, am wenigsten der bestorganisierten Nation. Man sagt, wir hätten Gewaltmittel, wie Massenstreik, anzuwenden sollen. Dabwäre wäre ja aber nur die bestorganisierte Nation bestraft worden, weil ihre Aktion ihr Land den Feinden preisgegeben hätte. Derartige Aktionen sind überhaupt unmöglich. Kriege können nicht verhindert werden, wenn die Armeen schon marschieren, sondern durch den Einfluß, den man in allen Ländern zuvor errungen hat. Gätte nicht dieser Einfluß in demokratischen Ländern wie England und Frankreich ein größerer sein können und eigentlich sein müssen als in Deutschland? Diese Frage darf man mit gutem Recht aufwerfen.

Ein Teil der Genossen behauptet, wir hätten durch eine Aktion vielleicht nicht den Krieg verhindert, aber wohl schon beenden können. Dazu fehlten uns bisher die Mittel.

Das Zentralorgan der Partei hat vollständig versagt in seiner Aufgabe; die Genossen über die Lage zu informieren. Nicht einmal eine Willigung der Haltung der Fraktionen haben wir darin gefunden. Weiter finden wir im Zentralorgan nur eine völlig unzureichende Information über die Haltung der sozialistischen Parteien aller Länder. Daher ist es bei den Arbeitern nicht genügend bekannt, daß die Vertretungen der Arbeiter in England und Frankreich den Kriegskrediten bedingungslos zugestimmt haben. Ueber die Haltung der belgischen Partei will ich nichts sagen. Die Neutralitätsverletzung Belgiens war erfolgt, ob mit Recht oder zu Unrecht, wird sich später zeigen. Die Neutralität der belgischen Regierung war aber jedenfalls auch nicht ungewisselt. Man muß vieles in der Haltung der belgischen Partei zu verstehen und entschuldigend suchen.

Aber wie liegen die Dinge in Frankreich? Die dortige Fraktion hat zweimal die Kredite ohne jegliche Erklärung bewilligt, obgleich der Ministerpräsident Viviani am 22. Dezember erklärte: „In der jetzigen Situation ist nur eine Politik möglich: Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas.“

Und in einem am 25. Dezember 1914 in der Humanité veröffentlichten Aufruf „An die Sozialisten, an die Arbeiter!“, der von der sozialdemokratischen Fraktion und von dem geschäftsführenden Ausschuß der Partei unterzeichnet ist, heißt es:

„Getreu der Disziplin der Einheit, welche die Nation sich dem Feinde gegenüber auferlegt hat, hat die sozialistische Fraktion im Parlamente auch nicht mit einem Worte die von allen Franzosen beifolgende Einheitstrüben wollen. Sie hat sich jeder Erklärung enthalten. Sie hat sich bei dem allgemeinen Zusammenschluß mit der Lösung bemüht, welche die verantwortliche Regierung formuliert hat.“

Andere Kundgebungen geachteter internationaler Parteiführer will ich nur kurz streifen, so zum Beispiel, wenn Guesde Italien, das in einem Bündnis zu Deutschland steht, zur Teilnahme am Kriege auffordert, oder wenn Vaillant nach der Hilfe Japans ruft. Begünstigt Englands glaube man bei uns, daß dort eine starke Strömung gegen den Krieg ist. Unsere Presse aber hat nur eingebend über eine kleine Gruppe, die F. D. P., berichtet. Entschuldigend ist aber die Haltung der großen Arbeiterpartei und des parlamentarischen Komitees, die gemeinsam mit den Parlamentarierabgeordneten und der gewerkschaftlichen Landeszentrale am 15. Oktober eine Erklärung veröffentlichten, die unter anderem folgendes enthielt:

„Deshalb hat die Arbeiterpartei, als die Vertreterin der demokratischen Elemente in der britischen Nation, im Parlamente den Maßnahmen ihre Unterstützung gegeben, die notwendig sind, um unserem Lande die wirksame Durchführung des Kampfes zu ermöglichen. Sie hat sich den Bestrebungen auf Schaffung einer für die nationalen Bedürfnisse genügend großen Armee angeschlossen, indem sie an der von den verschiedenen parlamentarischen Parteien organisierten Rekrutierungscampagne aktiv Anteil nimmt. Mitglieder der Partei haben zu diesem Zwecke in zahlreichen Versammlungen im ganzen Lande gesprochen und die ganze Organisation der Partei ist in den Dienst der Rekrutierungscampagne gestellt worden.“

Ein Manifest der Doder-Schwerindustrie, unterzeichnet von Ben Lillie, verlangt:

„Jeder taugliche Mann muß entweder kämpfen oder bereit sein, sein Land zu verteidigen. Unsere Männer müssen täglich gedreht werden, auch wenn das Kriegsministerium uns nicht helfen kann. Viele unserer Leute sind früher Soldat gewesen, und diese konnten bei der Ausbildung helfen. Die Ortsbehörden und Unternehmer können helfen.“

Der langjährige Vorsitzende der britischen sozialdemokratischen Partei, Hubman, verlangt in einem Brief an das italienische Blatt Secolo das Eingreifen Italiens, um unter anderem, Italien das Recht zu sichern, solche Abtretungen von Gebieten zu fordern, die es mit vollem Rechte

